Die Zeitung der FDP Sense

impuls

FDP
Die Liberalen

2/2014 3 bis 4 Ausgaben pro Jahr, mit Themen zu Abstimmungen und Wahlen Auflage: 19'300 Ex.

Edito

Volksentscheid mit Nebenwirkungen

Am 1. Mai 2014 ist das revidierte Raumplanungsgesetz RPG in Kraft getreten, welches im März 2013 vom Schweizer Stimmvolk mit einer deutlichen Mehrheit (62,9%) angenommen wurde. Mit dem Inkrafttreten des revidierten RPG ist auch festgelegt, dass als Übergangsregelung keine neuen Bauzonen geschaffen werden dürfen, bis der kantonale Richtplan vom Bundesrat genehmigt ist. Das bedeutet, dass Gemeinden mit grossen und vor dem 1. Mai 2014 durch den Kanton noch bewilligten Bauzonen in den nächsten Jahren, bis der neue kantonale Richtplan zur Anwendung kommt, munter weiter bauen und wachsen können. Dem gegenüber stehen Gemeinden mit kleinen bewilligten Baulandreserven, die in Kürze überbaut sein werden. Dadurch wird die Bautätigkeit im Bereich Neubauten massiv zurückgehen.

Das Ziel, nach innen zu wachsen und die Zersiedelung zu stoppen, ist grossmehrheitlich unbestritten und ist für eine nachhaltige Entwicklung von sehr grosser Bedeutung. Dass aber mit der Übergangsregelung nun die Gemeinden bestraft werden, welche eine nachhaltige Raumplanungspolitik betrieben haben und heute nur über kleine Baulandreserven verfügen, ist doch unverständlich. Es wird den Gemeinden, auch wenn Bedarf besteht, in naher Zukunft nicht möglich sein ihr Bauland einzuzonen. Die «Gewehr bei Fuss» Situation in diesen Gemeinden wirkt sich verunsichernd auf potentielle Käufer mit Projektabsichten aus, denn kaum jemand ausser ein Spekulant wird ein Grundstück kaufen bei dem nicht die Gewähr besteht, darauf auch ein Objekt realisieren zu können. Dieser Stillstand wird sich unweigerlich auf die Entwicklung dieser Gemeinden und ihre Region auswirken und je länger dieser Zustand dauert, umso gravierender werden die Folgen sein. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um diese Situation etwas zu entschärfen. Der Ball liegt bei den zuständigen Stellen und Ämtern, welche sich hoffentlich der möglichen negativen Auswirkungen bewusst sind und entsprechend der Dringlichkeit und Wichtigkeit prioritär handeln werden.

Die Redewendung, «dass nicht so heiss gegessen wird wie gekocht», trifft leider beim revidierten Raumplanungsgesetz nicht zu, denn es lässt den Gemeinden und Kantonen einen sehr kleinen Handlungsspielraum offen. Es wird Bundes Bern sein, welches definitiv über die Entwicklung unserer Region in diesem Zusammenhang entscheidet. Es bleibt nur zu hoffen, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse und Besonderheiten der verschiedenen Regionen mit einbezogen und berücksichtigt werden und nicht Opfer der Interessen übergeordneter Ämter sind.

Eine weitere Runde der Entmündigung von Kanton und Gemeinde mit ihren Bürgern ist damit abgeschlossen und es ist einmal mehr der Staat, der dabei das Sagen hat.

Walter Stähli
Gemeinderat Wünnewil-Flamatt

Eidg. Abstimmung vom 28. September 2014: Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Scheinlösung Einheitskasse

Die Krankenkassen machen Schlagzeilen mit Telefonwerbung, Prämienerhöhungen und verweigerten Kostengutsprachen. Weil Krankheiten häufiger sind als Unfälle und Hausbrände, haben Kassen das schlechtere Image als die Suva und kantonale Gebäudeversicherungen. Weil die Einheitskasse weder Effizienz und Qualität der medizinischen Versorgung verbessert, noch an deren Finanzierung etwas ändert, ist am 28. September nur ein NEIN die richtige Antwort auf den dritten Versuch, die Krankenkassen zu verstaatlichen.

Enteignungen und Klumpenrisiko
Seit der knappen Annahme des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Jahr 1996 hat das Stimmvolk jedem Versuch, das Gesundheitswesen radikal in Richtung mehr Staat (Einheitskasse 2003 und 2007) oder mehr Markt (Gesundheitsartikel 2008, Managed Care 2012) deutliche Absagen erteilt. Als einzige Reform seit 1996 ist die neue Spitalfinanzierung nicht am Widerstand des Volkes gescheitert, weil niemand das Referendum ergriffen hat. Die Initianten haben gelernt und machen uns ihren dritten Vorschlag ohne einkommensabhängige Prämien schmackhaft. Aber warum soll denn alles einfacher, besser und billiger werden, wenn aus 61 Unternehmen eine Staatskasse gemacht wird? Machen die Ärzte plötzlich bessere Medizin zu tieferen Tarifen, nur weil eine Staatskasse abrechnet?

In einer Studie der Wirtschafshochschule Zürich werden die Fusionskosten auf etwa 2 Mia. Franken geschätzt. Die Initianten wollen dafür die Reserven plündern. Diese Reserven gehören aber den Versicherten und sind für die Vergütung medizinischer Leistungen zweckgebunden. Faktisch wäre die Einheitskasse eine Enteignung des Eigentums der Unternehmen (Immobilien, Infrastruktur) und der Versicherten (Reserven). Im Gegensatz zu den Banken gibt es keine systemrelevanten Krankenkassen. Durch Managementfehler sind schon einige Kassen Konkurs gegangen oder von anderen übernommen worden. Die Versicherten konnten in allen Fällen ohne Schaden die Kasse wechseln. Monopolisten sind nicht unfehlbar. Die Fehler der Einheitskasse würden sich stets auf alle Kunden und auch noch auf alle Steuerzahler auswirken, wie das Beispiel der Einheitskasse Invalidenversicherung mit 15 Mia. Franken Schulden und Leistungskürzungen für behinderte Menschen zeigt. Die Einheitskasse macht aus dem robusten System ein Klumpenrisiko.

Leere Versprechen
Die Initianten behaupten, es würden ja bloss 61 Kassen durch eine ersetzt, alles andere bleibe, wie es sei. Sie wollen 350 Mio. Franken Verwaltungskosten pro Jahr sparen. Selbst wenn das möglich wäre, laut Bund sind es 88 Mio. von 1.2 Mia. Franken Verwaltungskosten, gingen diese Einsparungen mit den Synergieverlusten durch die Trennung von Grund- und Zusatzversicherung wieder verloren. Die Initianten behaupten auch, mit der Einheitskasse würden jährlich bis zu 2 Mia. Franken Kosten für medizinische Leistungen eingespart. Das Gesundheitswesen ist wie jeder Dienstleistungssektor personalintensiv. Ca. 70 Prozent der Ausgaben sind Personalkosten. Die Gewerkschaften hüten sich zu sagen, wo Arbeitsplätze von Ärzten oder Pflegepersonal verschwinden sollen. Und wer glaubt, die lästigen Werbeanrufe würden mit einer Einheitskasse verschwinden, irrt sich. Der Schwerpunkt der Kundenwerbung der Kassen hat sich längst vom Grund- auf die Zusatzversicherungsbereiche verlagert.

Unlautere Versprechen
Bundesrat und Parlament lehnen die Einheitskasse ab, weil damit der Kostenanstieg im Gesundheitswesen nicht gebremst wird. Kein anderer Sozialversicherer unterbietet die Verwaltungskosten von 5 Prozent bzw. 150 Franken pro Person und Jahr. Mit 95 Prozent der Prämien vergüten die Kassen medizinische Leistungen. Am 17. Juni 2012 hat das Stimmvolk «Managed Care» wuchtig abgelehnt. SP und FMH haben die Vorlage mit dem Argument bekämpft, die integrierte medizinische Versorgung schaffe die freie Arztwahl ab. Nun hat die SP linksum kehrt gemacht, propagiert Managed Care à la Suva als Standardmodell der Einheitskasse, weil man damit Effizienz und Qualität der medizinischen Versorgung verbessere plus die Kosten senke. Gleichzeitig versprechen die Initianten, die freie Arztwahl werde auf gar keinen Fall eingeschränkt, obwohl kein privater oder staatlicher Versicherer - auch die Suva nicht - zusammen mit den Gesundheitsfachleuten Behandlungsabläufe koordinieren und gleichzeitig den Versicherten die freie Arztwahl versprechen kann.

Felix Schneuwly,
FDP Wünnewil-Flamatt,
Mitglied von alliance santé

Inhaltsverzeichnis

Seite 1 – Edito
– Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Seite 2 – MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes

Seite 3 – Wechsel im Gemeinderat Wünnewil-Flamatt

Seite 4 – Gedanken zum Generalrat
– Heinz Hostettler - ein Urgestein tritt ab
– Danke Uschi! Zum Rücktritt von Ursula Eggelhöfer

Eidg. Abstimmung vom 28. September 2014: MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes

Bei der Einführung der Mehrwertsteuer (MwSt) wurde die Restauration beim höchsten Steuersatz (8%) eingeteilt. Der Lebensmittelhandel, wozu auch Take-aways, Imbissstände und Tankstellen-Shops gehören, wird hingegen mit dem tiefsten Satz (2,5%) besteuert. Das führt zu einer massiven Verzerrung des Wettbewerbs, insbesondere im Mittagsgeschäft bzw. bei der Zweckverpflegung. In diesem Verpflegungsbereich steht das Gastgewerbe in direkter Konkurrenz zum Detailhandel.

Die Junge FDP. Die Liberalen des Kantons Freiburg hat es an ihrer Parolenfassungsversammlung einfach und deutlich gesagt: «Ein Kaffee ist und bleibt ein Kaffee, egal ob er über die Gasse oder in der Gaststube verkauft wird». Genau das trifft den Kern der Sache.

Was will die Initiative?
Ziel ist es, die Diskriminierung des Gastgewerbes bzw. der Restaurationsbetriebe gegenüber dem Detailhandel zu eliminieren. Dazu gibt es verschiedene Wege. Den richtigen davon auswählen soll die Politik, sprich der Gesetzgeber. *Mit der Annahme der Initiative wird einzig und allein der Gesetzgeber beauftragt, die Diskriminierung zu beseitigen.* Ohne Vorgaben zu machen, wie dies zu geschehen hat.

Die Hotellerie darf derzeit den so genannten «Sondersatz Beherbergung» von 3,6% anwenden. In diesem Zusammenhang ist es besonders erwähnenswert, dass hotelleriesuisse die Initiative von GastroSuisse vorbehaltlos unterstützt, obwohl das Risiko besteht, dass der Sondersatz Beherbergung dereinst entfallen wird.

Mit einem JA zur Initiative, die am 28. September 2014 zur Abstimmung kommt, soll die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sich der Gesetzgeber damit zu befassen hat, wie das Gastgewerbe bezüglich der Mehrwertsteuer gegenüber dem Detailhandel zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommt. Mit 2,5 Millionen bedienten Gästen Tag für Tag liegt diese Initiative im Interesse aller Stimmberechtigten!

Konrad Gerster, Gemeinderat Bösingen

Sechs Argumente sprechen für die Annahme

1. Mit 210'000 Arbeitsplätzen ist das Gastgewerbe einer der bedeutendsten Arbeitgeber für den Werkplatz Schweiz. In keiner anderen Branche gibt es so viele Teilzeitanstellungen.
2. Viele strukturschwache Gebiete überleben nur dank dem Gastgewerbe. Im Berggebiet ist im Durchschnitt jeder 9. Arbeitsplatz ein gastgewerblicher!
3. Das Schweizer Gastgewerbe sichert einen wesentlichen Teil des sozialen Wirtschafts- und Berufslebens in der Schweiz: Rund 2,5 Millionen Menschen werden täglich durch das Schweizer Gastgewerbe verpflegt. Das Schweizer Gastgewerbe sorgt dafür, dass Arbeiter und Angestellte, Manager und Unternehmer gestärkt durch den Tag kommen.
4. Die Dorf-Wirtschaften haben eine wichtige soziale Funktion. Die Gastbetriebe ermöglichen das gesellige Zusammensein. Zudem gibt es im Gastgewerbe viele Jobs für wenig ausgebildete Arbeitskräfte. Damit trägt das Gastgewerbe viel zur Integration und zur Einkommenserhaltung von Haushalten mit tieferen Einkommen bei. Ein wesentliches Argument in der immer wissenslastiger werdenden Arbeitswelt!
5. Das Gastgewerbe ist der Lehrlingsmotor der Schweiz. Über 9'000 Auszubildende finden im Gastgewerbe eine Lehrstelle in einem der sechs Lehrberufe und legen damit eine solide Basis für einen sicheren Einstieg ins Berufsleben.
6. Täglich verpflegen sich über 700'000 Touristen in schweizerischen Gastbetrieben. Dabei ist es wesentlich, ob die Verkaufspreise durch die Mehrwertsteuer künstlich verteuert werden. Die allermeisten Staaten in Europa belasten den Tourismus nicht mit höheren MwSt-Sätzen, sondern entlasten ihn durch tiefere.

architekturmueller.ch
Architektur Mueller GmbH
Guido Müller, dipl. Architekt FH
Vullyweg 36, 3186 Düdingen
Tel 026 493 08 00

WSM
Walter Stähli
Felsenegg 6
3184 Wünnewil
026 496 48 40
Mechanik & Sicherheitstechnik
Kassen- / Feuerschutzschränke

Baeriswyl, Schaller u. Partner AG
Dipl. Bau-Ing. ETH/SIA
Bonnstrasse 26, 3186 Düdingen
Tel. 026 493 19 15
office@bsp-ing.ch, www.bsp-ing.ch

schaller wohnen
möbel vorhänge bodenbeläge teppiche polsterwerkstätte
schaller wohnen ag, freiburgstrasse 2,
3175 flamatt, tel. 031 741 04 54, fax 031 741 04 78
e-mail: info@schaller-wohnen.ch
www.schaller-wohnen.ch
Garant für gutes Wohnen

AEBI-KADERLI
GARTEN-CENTER
Aebi-Kaderli
Garten-Center AG
Stockera 1
CH-3186 Düdingen FR
Tel. 026 488 33 33
Fax 026 488 33 34
www.aebi-kaderli.ch

STERNHAUS DÜDINGEN AG
Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düdingen
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch
Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

Säumige Zahler?
HELVETICUM
Inkasso SA·AG
Rue de Romont 12
1701 Fribourg
Tel 026 347 58 58
www.helveticum-inkasso.ch

heizen kühlen lüften regeln sanitär
chauffer refroidir ventiler régler sanitaire
RIEDO CLIMA
www.riedoclima.ch
Düdingen Bulle Bern Flamatt
Neuchâtel Fribourg Port Murten

50 JAHRE 1963–2013
Crottet AG
3186 DÜDINGEN TEL. 026 492 90 90
Elektro-Installationen
Telekommunikation
Steuerungen/Schaltanlagen
Lichtplanung
Elektro-Fachgeschäft
Reparaturen / Service

Jeckelmann Roland AG
jeckelmann-treppen.ch
Treppenbau
Schreinerei
Bonnstrasse 26
3186 Düdingen
Tel. 026 493 31 19

trans-auto &
it's clean...
Kanalreinigung
Curage des canalisations
Muldenservice
Service multi-bennes
sanitoi.ch
WC-Kabinen
Cabines WC
www.trans-auto.ch

Erwin SPICHER AG
Malerei Gipserei Fassaden-Isolationen
Mostereiweg 6 3186 Düdingen Tel. 026 493 36 00

50 Jahre
Garage Fasel
Düdingen

Wir haben was Sie suchen.
LEHMANN
Düdingen | www.lehmann.info

SENSIA AG
Kreation in Karton und Papier
Die Druckerei mit dem guten Auge!
Bonnstrasse 22 | 3186 Düdingen | www.sensia.info
Tel. 026 492 90 60 | office@sensia.info

RENAULT
ZENTRUMGARAGE
WALTHER
3186 Düdingen /Fribourg
Tel. 026 351 55 00
www.zentrum-garage.ch
PEUGEOT RENAULT

STAMPFLI AG
HAUSTECHNIK
SANITÄR & HEIZUNG
HAUPTSTRASSE 15
3186 DÜDINGEN
TEL. 026-493 11 29
FAX 026-493 29 62

Küchenumbau geplant?
Wir sind Ihr Partner!
Denn wir garantieren Ihnen...
• eine kompetente Beratung
• Qualitätsarbeit nach Ihren Wünschen
• Organisation und Betreuung der gesamten Umbauarbeiten
Setzen Sie auf uns! Ihr Küchenspezialist
Bahnhofstrasse 37 • 3185 Schmitten • Tel. 026 497 50 00
info@boschungag.ch • www.boschungag.ch
BOSCHUNG SCHMITTEN

Wechsel im Gemeinderat Wünnewil-Flamatt

Rücktritt von Toni Bigler als FDP-Gemeinderat

Nach der Wahl 2006 als neuer FDP-Gemeinderat und der Wiederwahl 2011 hat Toni Bigler auf den 31. Mai 2014 demissioniert. Wie Toni in seinem Rücktrittschreiben aufführte, haben berufliche und gesundheitliche Gründe zu diesem Entscheid geführt. Gerne blenden wir auf die achtjährige Amtsdauer in Form eines kurzen Interviews zurück.

Toni, du hast dich anlässlich der Gemeinderatswahlen 2006 auf der Liste der FDP Wünnewil-Flamatt aufstellen lassen. Was bewog dich dazu für dieses Amt zu kandidieren?

Politik hat mich schon immer interessiert. Eigentlich wollte ich beruflich wieder mal eine Weiterbildung machen, die ist aber ins Wasser gefallen. Als ich dann angefragt wurde für den Gemeinderat zu kandidieren, war ich darum offen für eine neue Herausforderung.

Wieso gerade für die FDP und nicht für eine andere Partei?

Wirtschaft und Finanzen interessieren mich mehr als die weichen, sozialen Themen und als zugewanderter, nicht katholischer Berner ist mir die FDP eindeutig näher als die C-Parteien. Von den damals in Wünnewil-Flamatt aktiven Parteien kam für mich daher nur die FDP in Frage.

In wieweit hast du deine Arbeitgeberin diesbezüglich informiert? Hat sie dabei ein gewisses Entgegenkommen signalisiert?

Ich arbeite beim grossen Telekomanbieter mit Aktienmehrheit des Bundes. Da ist für ein öffentliches Amt eine gewisse zeitliche Unterstützung vertraglich zugesichert. Die Vorgesetzten habe ich bereits vor den Wahlen über meine Kandidatur informiert. Danach war das Amt eigentlich kein Thema mehr. Weil ich die Arbeit recht selbständig und flexibel einteilen kann, hat es auch selten grosse Terminkonflikte gegeben.

Welches waren die hauptsächlichsten Veränderungen für dein berufliches und privates Leben im Zusammenhang mit der Wahl in den Gemeinderat?

Schon vor der Wahl in den Gemeinderat habe ich viel gearbeitet, auch abends und an den Samstagen, so dass sich im Privaten nicht viel geändert hat. Die Zeit, die ich für die Gemeinde eingesetzt habe, Stand dann einfach für den Beruf nicht mehr zur Verfügung. Ich musste dort mehr «nein» sagen als vorher, was die berufliche Karriere natürlich nicht gefördert hat. Das war aber ok, ich wollte ja ganz bewusst wieder mal was anderes machen, «ds Füfi und ds Weggli» gibt es einfach nicht.

Während der ersten Legislatur hast du das Ressort Medien, Jugend und Integration geführt. Welches waren die speziellen Herausforderungen in diesem Bereich?

Das Ressort «Medien, Jugend und Integration» ist eines der vielseitigsten aber auch arbeits- und zeitintensivsten Ressorts. Die Jugendarbeit und die Integration von Ausländern waren für mich als Ingenieur absolut neue Themen. Zusätzlich gab es zwei Kommissionen zu leiten und Kurse und Aktivitäten zu organisieren. Die Arbeit war sehr abwechslungsreich. Ich lernte viel und traf viele interessante Persönlichkeiten mit denen ich vorher noch nie zu tun hatte.

Die Hauptmedien der Gemeinde sind das Informationsblatt und die Homepage. Beides haben wir modernisiert. Die 14täglich erscheinenden «WÜFLA Nachrichten» haben wir zur heutigen «WüFla» überarbeitet und mit einem neuen Herausgeber farbiger gemacht. Die Gemeinde-Homepage konnten wir den erweiterten Möglichkeiten im Internet anpassen und wesentlich bedienungsfreundlicher gestalten. So wurde sie auch aktueller und informativer. Dank der schnellen Entwicklung in diesem Bereich ist die Gemeinde-Homepage dieses Jahr aber bereits wieder durch die nächste Generation abgelöst worden…

Nach der Wiederwahl 2011 hast du das Ressort Finanzen übernommen. Weshalb hast du das Ressort gewechselt und dich dieser neuen Herausforderung gestellt?

Mein Wunschressort ist 2011 frei geworden. Das hat mich nach fünf intensiven Jahren wieder neu motiviert. Ein weiterer positiver Aspekt in diesem Zusammenhang war, dass dank der grossen Unterstützung des Kassiers und auch weil die operative Arbeit vollständig von der Gemeindekasse erledigt wird, der Arbeitsaufwand in diesem Ressort wesentlich überschaubarer ist als im früheren Ressort.

Was hat sich aus deiner Sicht mit der Einführung des Generalrates 2011 für den Gemeinderat geändert?

In der Vorbereitung der Geschäfte hat sich nicht viel geändert. So ist aus Sicht meines Ressorts die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission weiterhin gleich zentral wie vorher. Neu ist sicher die vorgängige Arbeit mit den Fraktionen. Dort werden die Meinungen bereits vor der Generalratssitzung gemacht. Die eigentliche Präsentation der Geschäfte vor dem Generalrat hat dadurch nicht mehr so viel Gewicht wie früher an der Gemeindeversammlung. Der Generalrat ist aus meiner Sicht nach nur 3 Jahren bereits erstaunlich eingespielt und die Rollenverteilung und die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat funktionieren gut.

Welche Rolle spielte für dich die FDP Sektion Wünnewil-Flamatt im Zusammenhang mit der Ausführung deines Amtes?

Ohne die Unterstützung der Sektion wäre ich schon gar nicht Gemeinderat geworden. Dank der langjährigen Erfahrung in der Wahlorganisation und den Kenntnissen und Beziehungen der Mitglieder war die Wahl überhaupt erst möglich. Dann braucht man ja immer wieder Orientierung um sich in Geschäften vernünftig positionieren zu können, und dafür waren die FDP Sektion und ihre Mitglieder wichtige Kontakte ausserhalb des Gemeinderates. Sie waren für mich Ideenlieferanten und Diskussionspartner. In der Sektion kann man gut spüren wo der Schuh drückt und ob ein Thema interessiert oder nicht.

Die zeitliche Belastung der Mitglieder des Gemeinderates ist in den vergangen Jahren deutlich gestiegen und die Geschäfte werden komplexer. Stösst unser Milizsystem an seine Grenzen?

Wie gesagt: Die ersten fünf Jahre waren wesentlich intensiver als die zweite Legislatur. So generell kann man das also sicher nicht sagen. Wenn die Geschäfte komplexer werden, braucht es vielleicht mehr Unterstützung durch Fachleute und auch die Zusammenarbeit unter den Gemeinden wird immer wichtiger, was wir aktuell an der zunehmenden Anzahl der Gemeindeverbände feststellen können. Für Gemeinden in der Grösse von Wünnewil-Flamatt hat aber das Milizsystem noch lange nicht ausgedient – vollamtliche Gemeinderäte wären ja nicht ausgelastet und die könnte sich die Gemeinde wohl auch nicht leisten…

Gibt es eine Botschaft, die du weitergeben möchtest?

Ich habe es nicht bereut an Stelle einer Weiterbildung für den Gemeinderat zu kandidieren und habe mit diesem Amt wohl mehr gelernt als in mancher teuren Ausbildung. Wer die nötige Zeit dafür aufbringen kann, dem kann ich nur empfehlen es auch mit einer Kandidatur zu versuchen.

Lieber Toni, der Vorstand der FDP Sense sowie die Mitglieder der FDP Sektion Wünnewil-Flamatt gratulieren dir zu den erfolgreichen 8 Jahren als Gemeinderat und danken dir herzlich für dein Engagement zu Gunsten der Allgemeinheit und der Bevölkerung von Wünnewil-Flamatt. Dass du dich auch in Zukunft in der FDP Wünnewil-Flamatt engagieren willst, wissen wir sehr zu schätzen und freut uns ausserordentlich.

Wir wünschen dir und deiner Familie für die Zukunft viel Glück, Erfolg und Gesundheit.

Walter Stähli,
Gemeinderat Wünnewil-Flamatt

Walter Stähli ist neuer Gemeinderat

Aus beruflichen Gründen verzichtete der FDP Ersatzkandidat Hugo Müller darauf, die Nachfolge von Toni Bigler anzutreten. So kam es, dass die FDP Wünnewil-Flamatt eine Kandidatur aufstellen musste, welche von den anderen Parteien und Gruppierungen Unterstützung erhielt und eine stille Wahl möglich machte. Nach anfänglicher ablehnender Haltung stellte sich Walter Stähli, nach einer turbulenten Zeit und so zu sagen in letzter Minute, doch noch für den freigewordenen Gemeinderatssitz zur Verfügung. Er trat das Amt auf den 1. Juni 2014 an und leitet das Ressort Finanzen.

Der Vorstand der FDP Sense und die Mitglieder der FDP Sektion Wünnewil-Flamatt gratulieren Walter zu dieser Wahl und wünschen ihm bei der Ausübung dieses Amtes viel Glück, Erfolg und Genugtuung!

emmental versicherung
Die Versicherung für KMU, Privathaushalt und Landwirtschaft
Christoph Zbinden · Hauptagentur Freiburg
Route de Chantemerle 41 · 1763 Granges-Paccot
Tel. 026 460 76 82 · christoph.zbinden@emmental-versicherung.ch

Wir rechnen Ihren Erfolg
axalta Treuhand AG
Wirtschaftsprüfung
Buchführung
Unternehmensberatung
Duensstrasse 1
CH-3186 Düdingen
Tel +41 26 505 11 11
Fax +41 26 505 11 12
info@axalta.ch
www.axalta.ch
TREUHAND KAMMER TREUHAND SUISSE

IMMO NOVA AG
Ihr Immobilienvermittler
Bahnhofplatz 5
1701 Freiburg
Tel. 026 351 15 70
www.immonova.ch

KOcHer & PartnER
ARCHITEKTEN AG
sia, iso 9001:2000
Tel. 026 492 94 49
Fax 026 493 33 64
Industriestrasse 12
3186 DÜDINGEN
www.kocher-partner.ch

Gedanken zum Generalrat

Die Beteiligung an den Gemeindeversammlungen ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Oft sind es nur gerade 2 bis 3 Prozent der Stimmberechtigten, die daran teilnehmen. In den beiden deutschsprachigen Bezirken haben nur Murten und Wünnewil-Flamatt einen Generalrat. Bestrebungen zur Einführung eines Generalrates sind gegenwärtig in Kerzers (knapp 3500 Stimmberechtigte) und Düdingen (rund 6000 Stimmberechtigte) im Gange.

Mit 925 Ja- zu 760 Nein-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von rund 43 Prozent wurde der Generalrat in Wünnewil-Flamatt 2011 eingeführt. Dieser funktioniert nun schon seit 3 Jahren. Zeit also Bilanz zu ziehen, damit sich die Stimmbürger der Gemeinden, die die Einführung planen, ein Bild machen können.

Herr Fries, Sie waren lange Präsident der Finanzkommission und sind heute ebenfalls Mitglied des Generalrates: Welches sind die Vorteile des Generalrates gegenüber einer Gemeindeversammlung?

Die Entscheide werden in der Gemeindeversammlung stärker von Emotionen beeinflusst. Ein guter Redner kann die Mehrheit leichter auf seine Seite ziehen. Oder Interessengruppen (Sportvereine!) können mit starker Beteiligung Beschlüsse zu ihren Gunsten beeinflussen. Dies ist demokratisch legitim. Aber im Generalrat werden die Entscheide sachlicher getroffen. Die Vorlagen werden in den Fraktionen geprüft, die Diskussionen im Generalrat sind sachlich. Man muss mit objektiven Argumenten überzeugen. Man spricht nicht wie im Parlament in Bern für die Medien sondern zu den anderen Generalräten. Meiner Meinung nach werden gute Entscheide getroffen. Beweis dafür ist, dass bisher noch kein Referendum ergriffen wurde.

Gibt es noch andere Unterschiede?

Was mich bei den Gemeindeversammlungen mehr gestört hat, war die Tatsache, dass bei schwacher Beteiligung die Exekutive zusammen mit der Verwaltung entschieden hat. Der Gemeinderat war stimmberechtigt. Die Beamten und Angestellten haben meist an den Versammlungen teilgenommen. Dazu kamen deren Angehörige. Wenn 90 Personen im Saal waren, haben sie leicht die Entscheide zugunsten der Anträge des Gemeinderates getroffen. Das hat mich als Präsident der Finanzkommission eher frustriert. Wir hatten in solchen Fällen mit Anträgen keine Chance.

Wie steht es mit den Leuten, die gegen die Einführung des Generalrates gekämpft haben?

Sie sitzen entweder selbst im Generalrat oder verfolgen das Geschehen vom Fernsehsessel aus. Jedenfalls sind keine Gegner mehr sichtbar.

Wie sieht der Gemeinderat diese neue Art von Demokratie?

Auch er musste sich an das neue System gewöhnen. Seine Vorlagen werden genauer angeschaut als es in der Regel die Bürger taten, die an den Gemeindeversammlungen teilnahmen. Er muss zu Motionen und Postulaten Stellung nehmen. Es hat sich meines Erachtens ein gutes Verhältnis eingespielt. Es wurden auch am Anfang gleich Motionen eingereicht, wo es eine Frage auch tut. Auch da lernen wir. Die Schwierigkeit, Gemeinderäte zu finden, hat nichts mit der Frage Gemeindeversammlung oder Generalrat zu tun.

Mit dem Verschwinden der Gemeindeversammlung geht ein Stück Demokratie verloren. Welche Möglichkeiten haben die Bürger dennoch um Einfluss auf die Geschehnisse zu erhalten?

Beschlüsse des Generalrates betreffend eine Ausgabe, die nicht in einem Jahr gedeckt werden kann, unterliegen dem Referendum. Damit sind eigentlich alle Investitionen betroffen. Auch gegen Steuern oder öffentliche Abgaben (z.Bsp. Abwassergebühren) oder den Beitritt zu einem Gemeindeverband kann das Referendum ergriffen werden. Zu den gleichen Punkten kann auch mittels Initiative ein Begehren eingereicht werden. Ein Zehntel der Aktivbürger muss dies schriftlich verlangen. Diese Rechte gibt es in Gemeinden mit Gemeindeversammlungen nicht. Ich glaube nicht, dass Demokratie verloren geht. Die Rechte werden anders wahrgenommen.

Wie ist das Verhältnis zwischen den einzelnen Gruppierungen? Wird zuerst Parteipolitik betrieben oder geht es allen um das Wohl der Gemeinde?

Wie schon vorher gesagt, wird sachlich politisiert. Der Umgang miteinander ist geradezu freundschaftlich. Klar haben die einzelnen Fraktionen verschiedene Grundhaltungen. Es gibt solche, die ausgabenfreudiger sind und andere, denen es Sorgen bereitet, wie viele Schulden der nächsten Generation hinterlassen wird. Schon meine Erfahrungen als Generalrat in den 90er Jahren haben mir gezeigt, dass die Entscheide zum Wohl der Gemeinde getroffen werden. Wenn manchmal ein Geschäft nicht lange diskutiert wird, bedeutet dies nicht fehlendes Interesse, sondern dass das Geschäft gut vorbereitet und in den Fraktionen nach dem Gespräch mit einem Gemeinderat bereits Zustimmung gefunden hat. Was bei uns noch wichtig ist, sind die Interessen der beiden Teile der Gemeinden Wünnewil und Flamatt. Hier sehe ich den Generalrat eindeutig als Vorteil.

Wie sieht die Altersstruktur aus? Sind alle Alterskategorien vertreten?

In den Gemeindeversammlungen war meine Altersgruppe – ich bin einziges Mitglied im AHV-Alter – stärker vertreten. Umgekehrt haben wir eine Fraktion von Jungen, die noch in der Ausbildung sind. Ich finde das gut. Denn vieles, das wir heute entscheiden, müssen sie ausbaden. Ich denke nicht zuletzt an die Investitionen, die über Kredite finanziert werden. Es sind verschiedenste Berufe vertreten. Unter diesem Gesichtspunkt repräsentiert er wohl gut die Bevölkerung. Nur die Frauen sind mit 15 von 50 Mitgliedern noch untervertreten.

Ist die Gemeindepolitik lebendiger seit der Einführung des Generalrates oder eher das Gegenteil?

Als ich vor gut 35 Jahren in den Vorstand der FDP unserer Gemeinde gewählt wurde, haben wir an den Generalversammlungen einen Saal gefüllt. Vor Einführung des Generalrates hat ein Sitzungszimmer gereicht. Andere Parteien berichten von gleichen Erfahrungen. Mit der Einführung des Generalrates ist die Zahl der Bürger, die in Parteien oder Gruppierungen sich aktiv mit Gemeindepolitik befassen, wieder gestiegen. Der Zeitbedarf für das Amt eines Generalrates ist auch allen Personen zumutbar. Zugeben muss man allerdings, dass gerade ältere Leute, die sich für das Gemeindeleben interessierten und an Gemeindeversammlungen teilnahmen, sich aus der Politik zurückgezogen haben. Aber so gross war deren Zahl auch nicht, sonst würden die Protokolle der Gemeindeversammlungen von grösseren Beteiligungen berichten.

Paul Fries, vielen Dank für das Interview.

Heinz Hostettler – ein Urgestein tritt ab.

Es war im Jahr 1991, als Heinz Hostettler seine aktive Politkarriere als Gemeinderat in Heitenried beendete. Wie zu damaliger Zeit üblich, hat er die Leitung des Vorstandes der FDP Sektion Heitenried erst nach seiner Amtsniederlegung übernommen. Seit dieser Zeit war er kaum mehr aus der politischen Landschaft der Gemeinde wegzudenken. Viele Gemeinderäte, Helfer und Menschen, die sich für das Wohl des Bürgers in Heitenried engagierten, konnte er gewinnen und motivieren mitzuziehen.

Als besonderes Highlight aus seiner politischen Zeit als Präsident bezeichnet Heinz den Gewinn des dritten Gemeinderat-Sitzes im Jahr 2006. Sehr erfreulich ist, dass diese drei Sitze auch noch heute von der FDP besetzt sind – dies auch dank der guten Zusammenarbeit mit den anderen Parteien respektive deren Präsidenten. Die Absprache unter den Parteien ist für Heinz Hostettler nach wie vor von zentraler Bedeutung. Nur so können seines Erachtens wichtige Anliegen der Gemeinde und der Bevölkerung rasch und effizient abgewickelt werden. Auch heute noch, in einer Zeit, wo sich viele Kommunen im Sensebezirk mit der Akquisition von politischen Exponenten schwierig tun, gelingt es Heinz Hostettler immer eine engagierte Persönlichkeit für die Dienste der Gemeinde zu gewinnen. Jüngstes Beispiel ist Heribert Glauser, der letztes Jahr in den Gemeinderat eingetreten ist.

Heinz Hostettler ist mit dem Gefühl abgetreten, die FDP Heitenried in einer erfolgreichen Phase zu verlassen. Er will nun neuen Leuten Platz machen, v.a. Jungen, die sich für die Politik engagieren sollen. Sein grosses Interesse als Bürger, so versichert er, bleibe auf jeden Fall bestehen. Und so freue ich mich, als sein Nachfolger auf seine Hilfe sowie seine Erfahrungen zählen zu dürfen. Ich habe Heinz Hostettler als äusserst engagierte Persönlichkeit kennengelernt, die sich für die Interessen der Bürger einsetzt und nur das Wohl der Gemeinde vertritt.

Die Sektion FDP Heitenried, der Bezirksvorstand Sense sowie ich danken Heinz Hostettler herzlich für sein jahrelanges, grosses Engagement und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft!

David Rauber,
Präsident FDP Heitenried

Danke Uschi! Zum Rücktritt von Ursula Eggelhöfer

Ursula Eggelhöfer verabschiedet sich anlässlich der GV der FDP Düdingen vom 19. März 2014.

Anfang der neunziger Jahre ist Uschi zur FDP gestossen - dies mit Überzeugung und entsprechender Motivation. Schon bald wirkte sie im Vorstand mit und übernahm als Präsidentin das Ruder unserer Sektion. Sie stellte sich mehrmals als Gemeinderats- und Grossratskandidatin zur Verfügung und rutschte nach dem Rücktritt von Patrik Schaller in den Gemeindrat auf. Ihr Engagement als Gemeinderätin wurde leider nicht belohnt. Bei den nachfolgenden Wahlen konnte die FDP ihren Sitz nicht verteidigen. Doch ihr politisches Gespür war über die Partei hinweg anerkannt und es war für alle ein Glück, dass sich Uschi mit all ihren Beziehungen während fünf Jahren im Agglorat einbinden liess. Mit Bravur hat sie diesen auch ein Jahr lang präsidiert und sich mit viel Umsicht und perfekter Zweisprachigkeit Respekt und Achtung verschafft.

Nach vielen Jahren intensiver Mitarbeit hat Uschi aus persönlichen Gründen nun ihren Rücktritt aus allen Ämtern erklärt. Wir verabschieden sie heute mit viel Wehmut. Sie hat es geschafft, immer wieder mit Mut und grosser Motivation an vorderster Front zu kämpfen, am «Karren mitzureissen», und auch bei Widerständen nicht aufzugeben. Dabei hat Uschi die Ausrichtung der FDP stets im Auge behalten. Uschi, die FDP Düdingen sowie die Bezirkspartei danken dir von ganzem Herzen für deinen grossen Einsatz und wünschen dir in deiner neu gewählten Umgebung noch viele Jahre Glück und Erfüllung.

Im Namen der FDP Düdingen
Franz Schneider

Impressum

FDP Sense:
Postfach 266
3186 Düdingen
www.fdp-sense.ch

Impuls:
Sabine Brägger-Stauffer
e-mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

Inserate:
SENSIA AG
Bonnstrasse 22, 3186 Düdingen
e-mail: office@sensia.info

Druck:
SENSIA AG, 3186 Düdingen